

Europäisches Parlament: Stellen Sie sicher, dass das KI-Gesetz die Menschenrechte schützt!

Im Vorfeld der Abstimmung über das KI-Gesetz im Europäischen Parlament (AI-Act) fordert die Zivilgesellschaft die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) auf, dafür zu sorgen, dass das EU-Gesetz über künstliche Intelligenz (KI-Gesetz) den Grundrechten Vorrang einräumt und die von Systemen künstlicher Intelligenz (KI) betroffenen Menschen schützt.

In zunehmendem Maße werden KI-Systeme eingesetzt, um uns im öffentlichen Raum zu überwachen und zu identifizieren, unsere Kriminalitätswahrscheinlichkeit vorherzusagen, Polizei- und Einwanderungskontrollen auf bereits überwachte Gebiete zu verlagern, Verstöße gegen das Recht auf Asyl und die Unschuldsvermutung zu erleichtern, unsere Emotionen vorherzusagen und uns anhand diskriminierender Rückschlüsse zu kategorisieren sowie wichtige Entscheidungen über uns zu treffen, die unseren Zugang zu Sozialleistungen, Bildung und Beschäftigung bestimmen.

Ohne eine angemessene Regulierung werden KI-Systeme die bestehenden gesellschaftlichen Probleme der Massenüberwachung, der strukturellen Diskriminierung, der zentralisierten Macht großer Technologieunternehmen, nicht rechenschaftspflichtiger öffentlicher Entscheidungsfindung und der Umweltausbeutung weiter verschärfen. Die Komplexität, der Mangel an Rechenschaftspflicht und öffentlicher Transparenz sowie die wenigen verfügbaren Rechtsbehelfe stellen die Menschen vor die Herausforderung, ihre Rechte durchzusetzen, wenn sie durch KI-Systeme geschädigt werden. Diese Hindernisse stellen vor allem für die am stärksten marginalisierten Mitglieder der Gesellschaft ein besonderes Risiko dar.

Der KI-Gesetzentwurf der EU kann und sollte diese Probleme angehen und sicherstellen, dass die Entwicklung und Nutzung von KI innerhalb eines Rahmens von Rechenschaftspflicht, Transparenz und angemessenen, auf Grundrechten basierenden Einschränkungen erfolgt. Wir fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, bei der Abstimmung über den KI-Gesetzentwurf Folgendes zu gewährleisten:

1. Befähigung der Menschen, die von KI-Systemen betroffen sind

- Gewährleisten Sie die horizontale und durchgängige Zugänglichkeit bei allen KI-Systemen;
- Stellen Sie sicher, dass Menschen, die von KI-Systemen betroffen sind, informiert werden und das Recht haben, sich zu informieren, wenn sie von KI-gestützten Entscheidungen und Ergebnissen betroffen sind;
- Sehen Sie ein Recht für Betroffene vor, sich bei einer nationalen Behörde zu beschweren, wenn ihre Rechte durch den Einsatz eines KI-Systems verletzt worden sind;
- Regeln Sie ein Recht auf Vertretung natürlicher Personen und ein Recht von Organisationen des öffentlichen Interesses, eigenständige Beschwerden bei einer nationalen Aufsichtsbehörde einzureichen;
- Sehen Sie ein Recht auf wirksame Rechtsbehelfe bei Rechtsverletzungen vor.

2. Gewährleistung von Rechenschaftspflicht und Transparenz beim Einsatz von KI

- Regeln Sie die Verpflichtung für die Nutzer, vor jedem Einsatz eines KI-Systems mit hohem Risiko eine Folgenabschätzung für die Grundrechte durchzuführen und zu veröffentlichen und die Zivilgesellschaft und die Betroffenen sinnvoll in diesen Prozess einzubeziehen;
- Alle Nutzer von KI-Systemen mit hohem Risiko und alle Nutzer von Systemen im öffentlichen Bereich sollten verpflichtet werden, die Nutzung vor dem Einsatz in einer europäischen KI-Datenbank zu registrieren;

- Stellen Sie sicher, dass bei der Klassifizierung von KI-Systemen mit hohem Risiko der Rechtssicherheit Vorrang eingeräumt und den Anbietern keine Schlupflöcher eröffnet werden, um die rechtliche Prüfung zu umgehen;
- Stellen Sie sicher, dass in der EU ansässige KI-Anbieter, deren Systeme Auswirkungen auf Menschen außerhalb der EU haben, den gleichen Anforderungen unterliegen wie Anbieter innerhalb der EU.

3. Verbot von KI-Systemen, die ein unannehmbares Risiko für die Grundrechte darstellen

- Verbieten Sie vollständig und ausnahmslos die biometrische Identifizierung in Echtzeit und aus der Ferne in öffentlich zugänglichen Räumen durch alle Akteure;
- Verbieten Sie alle Formen von prädiktiven und profilbildenden Systemen in der Strafverfolgung und in der Strafjustiz (orts- und personengebunden);
- Verbieten Sie KI im Migrationskontext zur Erstellung individueller Risikobewertungen und -profile auf der Grundlage personenbezogener und sensibler Daten sowie von prädiktiven Analysesystemen, wenn diese zur Unterbindung, Einschränkung und Verhinderung von Migration eingesetzt werden;
- Verbieten Sie biometrische Kategorisierungssysteme, die natürliche Personen nach sensiblen oder geschützten Merkmalen kategorisieren, sowie die Verwendung jeglicher biometrischer Kategorisierungs- und automatisierter Verhaltenserkennungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen;
- Untersagen Sie den Einsatz von Emotionserkennungssystemen, die aus physischen, physiologischen, verhaltensbezogenen und biometrischen Daten auf die Emotionen und den Geisteszustand von Menschen schließen.

Wir fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, für die Aufnahme dieser Schutzmaßnahmen in das Gesetz über künstliche Intelligenz zu stimmen und sicherzustellen, dass die Verordnung ein Instrument zur Förderung der Grundrechte und der sozialen Gerechtigkeit ist.

Einen detaillierten Überblick darüber, wie das AI-Gesetz die Grundrechte besser schützen kann, finden Sie in dieser von 123 Organisationen der Zivilgesellschaft unterzeichneten Erklärung: <https://edri.org/our-work/civil-society-calls-on-the-eu-to-put-fundamental-rights-first-in-the-ai-act/>. Weitere Informationen zu den von der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Änderungen finden Sie hier: <https://edri.org/our-work/the-eus-artificial-intelligence-act-civil-society-amendments/>

Aufzählung der unterzeichnenden Organisationen